

K. k. Bezirksschulrat Wien.

## Die bevorstehenden Wahlen in Deutschösterreich

(Von unserem Wiener Korrespondenten)

nk. Wien, Neujahr 1919.

Die nächsten Wochen dürften in erster Reihe innerpolitisch lebhaft und zwar voraussichtlich so lebhaft werden, wie wir es noch nie hier erlebt haben. Es gilt nun, die konstituierende Nationalversammlung zu wählen, die endgültig die Folgen aus den Ereignissen zu Anfang November wird ziehen müssen. Das Gesetz betreffend die Einberufung und die Wahlordnung für die Nationalversammlung wurde von der gegenwärtigen provisorischen Nationalversammlung am 18. Dezember 1918 beschlossen. Hiernach ist die Versammlung 16 Tage nach dem Wahltag — also voraussichtlich anfangs März — nach Wien einzuberufen. Es sollen im geschlossenen Staatsgebiet 250, in den Einschlußgebieten fünf Abgeordnete auf Grund des gleichen Wahlrechts aller mehr als 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes nach dem System der Verhältniswahl gewählt werden. Das geschlossene Staatsgebiet besteht aus sieben Wahlkreisen mit 48 Abgeordneten in Wien, aus 12 mit 79 in Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg, aus sieben mit 52 in den deutschen Gebieten von Steiermark, Kärnten und Tirol. Dazu kommen acht Wahlkreise mit 71 Abgeordneten in Deutschböhmen und Sudetenland und fünf Abgeordnete für die Enklaven: Brünn, Chemnitz und Jglau. Die Wahl muß an einem Sonntag stattfinden, die Wahlpflicht kann durch die Landesgesetzgebung festgesetzt werden; das Wählerverzeichnis ist 14 Tage öffentlich aufzulegen. Das passive Wahlrecht haben Männer und Frauen, die das 29. Lebensjahr überschritten haben. Die Wahlvorschläge sind drei Wochen vor der Wahl einzureichen, und die Listen können bis 14 Tage vor der Wahl gekoppelt werden. Die Kreiswahlbehörde stellt fest, wieviel Stimmen auf jede Partei resp. auf die gekoppelten Listen zusammen entfallen sind, berechnet die Wahlzahl und ermittelt die Gewählten. Kann die Wahl infolge von Krieg oder sonstigen Störungen in einem Wahlort oder Wahlkreis nicht vorgenommen werden, so kann der Staatsrat die unmittelbare Einsetzung der Stimmzettel an die Hauptwahlbehörde verfügen. „Im äußersten Notfall beruft der Staatsrat aus den gehinderten Gebieten unter gewissenhafter Prüfung der Parteiverhältnisse selbst die gebührende Zahl von Vertretern in die Nationalversammlung als deren vollberechtigte Mitglieder.“

Zum erstenmal werden auf dem Boden des einstigen Oesterreichs Wahlen nun nicht mehr unter dem Zeichen des Nationalitätenkampfes stehen, sondern es werden nur Deutsche verschiedener politischer Meinung miteinander stimmen. Die zwei großen Parteien, die sich gegenüber stehen, sind die sozialdemokratische einer- und die christlichsoziale andererseits. Die sozialdemokratische Partei wird ganz geschlossen und einheitlich auftreten, die Christlichsozialen werden in den einzelnen Kronländern einen mehr oder minder starken Kerneinschlag aufweisen. Zwischen diesen zwei Parteien stehen dann in erster Linie die Deutschenationalen der verschiedensten Schattierungen und — neben einigen mehr lokalen Parteibildungen — die drei in Wien neubegründeten Gruppen.

Die erste dieser war der das Deutschtum besonders stark betonende nationaldemokratische Volksverein, der noch vor der Revolution gegründet wurde, jetzt ausgesprochen republikanisch orientiert ist. Der Verein hat nach einem recht schönen Anfang etwas an Bedeutung verloren, wahrscheinlich weil er nicht die richtigen Mitarbeiter gefunden hat und die ersten Initiatoren rasch erlahmten und sich in Phrasen verflachten. Er ist unbedingt für den Anschluß Deutschösterreichs an die deutsche Republik und steht in der „größeren Heimat“ die einzige Rettung und gesicherte Zukunft der Deutschen im einstigen Oesterreich. Sein Organ ist der „Wiener Mittag“, von dem es heißt, daß er bald in eine große, am Morgen erscheinende Tageszeitung umgewandelt werden wird.

Mit ziemlichem Lärm und einer namhaften Anhängerschaft, unter der sich gleich am Anfang eine große Zahl hervorragender Männer der Politik und der Wissenschaft befand, trat unter Führung des früheren Justizministers Dr. Franz Klein die bürgerlich-demokratische Partei anfangs Dezember ins Leben. Sie steht auf republikanisch-demokratischer Basis und ist ebenfalls für den Anschluß an Deutschland.

Die jüngste Wiener Parteibildung ist der gestern konstituierte Bürgerverein 1918, an dessen Spitze der frühere Minister des Äußern Graf Ottokar Czernin steht. Diese Partei hat ihr Programm noch nicht endgültig formuliert. Sie steht „auf dem Boden der gegenwärtigen Staatsform, nicht weil sie ihr als die beste erachtet, sondern weil sie selbst den Vorwurf des Bolschewismus (den sie natürlich bekämpft) auf sich laden müßte, wenn sie etwas gegen die Staatsform unternehmen wollte“. Es heißt, daß Graf Czernin einen wirtschaftlichen Bund, der

auf dem Boden der einstigen österreichisch-ungarischen Monarchie neuentstandenen Staaten anstreben und Deutschösterreich lieber in dieser als der rein deutschen oder einer süddeutschen Konföderation sehen möchte. Die gestrige gründende Versammlung wies einen bei einer Wiener politischen Veranstaltung noch nie gesehenen Massenbesuch der bisher sogenannten „ersten Gesellschaft“ auf. Daraus kann geschlossen werden, daß die Aktion Czernins in den Kreisen der Aristokratie und der Offiziere besonders begrüßt wird. Andererseits heißt es, daß der neue Verein weniger eine Partei, als vielmehr einen „Sammel-punkt für alle Wähler ohne Unterschied ihrer sonstigen Parteistellung schaffen soll, die für die Erhaltung der Ruhe und des Friedens und für die Festigung des Mittelstandes eintreten wollen. Das Verständnis für politische Fragen soll durch Diskussionsabende gefördert werden, damit die große Bedeutung des bevorstehenden Wahlkampfes für das Bürgertum überall erkannt werde“. Ganz klar ist also die Geschichte nicht, außer wie es scheint nur das eine: daß Graf Czernin in die Nationalversammlung gewählt werden will!

Eine großangelegte, zielbewußte, gutgeleitete Agitation entwickeln vorläufig nur die Sozialdemokraten und die Christlichsozialen. Im Hintergrund steht das große Kapital: Industrie und Banken, das Wahlgelde für alle nicht sozialdemokratisch gesinnten Bestrebungen wie es heißt „willig und reichlich“ zur Verfügung stellt.

Ganz neu in der Wahlbewegung ist das bei allen Parteien sich zeigende fast girtende Loden, die Frauen für sich zu gewinnen. Es macht aber vorläufig wenigstens den Eindruck, daß die Frauen, insbesondere die jetzt so vielgeplagten, unter schweren Sorgen arbeitenden Hausfrauen dem ihnen plötzlich bescherten Recht noch ziemlich kühl gegenüberstehen.